

Ist der Osten *faschistisch*?

Auf die Wahlerfolge der AfD reagieren Politik und Medien mit Wählerschelte. Vor allem die Ostdeutschen stehen in der Kritik. Wissenschaftler flankieren die Vorwürfe mit fragwürdigen Analysen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.07.2023, Nr. 168, S. 11

Von Hubertus Knabe

Sind Sie mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden? Denken Sie, Sie hätten sowieso keinen Einfluss auf die Politik? Meinen Sie, dass die Parteien nur auf Stimmen aus sind, sich aber für die Ansichten der Wähler nicht interessieren? Dann sind Sie vermutlich ein "verdrossener Populist". Zu diesem Schluss kommen jedenfalls die Autoren des sogenannten Deutschland-Monitors, den der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Carsten Schneider (SPD), 2022 dem Bundestag vorlegte.

Schneider hatte das Meinungsforschungsinstitut INFO GmbH beauftragt, im vorigen Sommer gut 4000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer politischen Einstellung zu befragen. Auf einer Skala von 1 bis 10 sollten sie Aussagen bewerten, die sich um ihre Zufriedenheit mit der Lage in Deutschland drehten. Aus den Antworten bildeten die Forscher sogenannte Einstellungscluster, zu denen außer "verdrossenen Populisten" auch "angepasste Skeptiker" und "kleinbürgerlich-konservative Menschen" gehörten. Nur diejenigen, die mit der Politik der Bundesregierung im Großen und Ganzen zufrieden waren, erhielten das Prädikat "offene und liberale Menschen".

Der Deutschland-Monitor ist ein Beispiel dafür, wie wissenschaftliche Analysen für politische Zwecke missbraucht werden. Immer häufiger gehen Forscher nicht mehr ergebnisoffen an einen Untersuchungsgegenstand heran, sondern konzipieren ihre Studien so, dass das Resultat ihren eigenen Auffassungen entspricht. Mit plakativen Begriffen und alarmierenden Aussagen versuchen sie gleichzeitig, möglichst große Aufmerksamkeit zu erzielen. Auf diese Weise entstehen holzschnittartige Botschaften, die über die Massenmedien weite Verbreitung finden.

Ein Thema, bei dem dieser Trend derzeit besonders zu beobachten ist, ist der politische Erfolg der AfD. Laut Umfragen hat sich die Zahl ihrer Unterstützer seit der letzten Bundestagswahl fast verdoppelt. Besonders hoch sind die Zustimmungswerte in Ostdeutschland. In Sonneberg und Raguhn-Jeßnitz erzielten AfD-Kandidaten in Stichwahlen jüngst die absolute Mehrheit.

Den Ursachen dieses Aufstiegs auf die Spur zu kommen, müsste für Wissenschaftler eigentlich eine Herausforderung sein. Stattdessen schlüpfen viele in die Rolle von Politikern und betreiben Wählerschelte. In methodisch fragwürdigen Analysen behaupten sie, die Bewohner Ostdeutschlands hingen zu großen Teilen rechtsextremen Überzeugungen an. Eine Karte im Deutschland-Monitor macht dies exemplarisch anschaulich. Große Ringe zeigen dort, dass der Anteil der "verdrossenen Populisten" im Osten Deutschlands bei mehr als dreißig Prozent liege. Nur maximal sechzehn Prozent zählten zu den "offenen und liberalen Menschen". Im Westen sind die Relationen in etwa umgekehrt. So entsteht der Eindruck, der Osten werde von griesgrämigen Rechtspopulisten dominiert.

Immerhin weisen die Verfasser darauf hin, dass es "verdrossene Populisten" auch in Westdeutschland gibt. Im Gegensatz dazu widmet sich eine Studie des Leipziger Else-Frenkel-

Brunswick-Instituts nur dem Osten Deutschlands - und kommt zu beunruhigenden Ergebnissen: Laut Pressemitteilung ergab eine ebenfalls 2022 durchgeführte Umfrage dort "eine hohe Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen". Chauvinistische und ausländerfeindliche Aussagen würden nur von einer Minderheit abgelehnt.

Die Studie stieß auf ein breites Medienecho. Die "Tagesschau" teilte mit, Diktaturbefürwortung, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus seien im Osten "vergleichsweise hoch". Die ZDF-Sendung "heute" meldete, rechtsextreme Einstellungen seien in Ostdeutschland "weit verbreitet". Der MDR berichtete, in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen fänden "rechte Positionen wie klassische Judenfeindlichkeit und die Befürwortung einer Diktatur" bei rund einem Drittel der Bevölkerung Zustimmung.

Die Leipziger Wissenschaftler hatten den Befragten Aussagen vorgelegt, die sie auf einer Skala von 1 bis 5 bewerten sollten. Als Einverständnis zählten sie nicht nur, wenn jemand einer Aussage "ganz" oder "überwiegend" recht gab ("manifeste Zustimmung"), sondern auch, wenn er sich nicht entscheiden konnte und "teils, teils" ankreuzte ("latente Zustimmung"). Auf dieser Basis zogen sie den Schluss: "In einzelnen Bundesländern werden Aussagen mit eindeutig rechtsextremem Inhalt nur von zwanzig bis dreißig Prozent zurückgewiesen." Der relative Erfolg der AfD sei daher kein diffuser Protest, "sondern ein bewusster Wahlakt auf der Grundlage korrespondierender Einstellungen".

Wegen ihrer Methodik stießen die Leipziger Erhebungen, die bis 2018 unter dem Namen "Mittestudien" liefen, schon früher auf Kritik. Der Berliner Politikwissenschaftler Klaus Schroeder bemängelte etwa, dass die Befragungen "vor allem das Selbstbild der Fragesteller" reproduzierten. Durch missverständliche oder pauschale Fragen sei das Ergebnis gleichsam programmiert. Auch der Chemnitzer Extremismusforscher Eckhard Jesse sprach von einer "ideologisch geleiteten" und "inhaltlich fragwürdigen" Vorgehensweise.

Tatsächlich sind manche Fragen so formuliert, dass eine unbedachte Antwort dazu führen kann, als rechtsextrem eingestuft zu werden. Widerspricht man zum Beispiel nicht explizit der These, dass eine Diktatur unter bestimmten Umständen im nationalen Interesse die bessere Staatsform ist, zählt man bereits zu den Anhängern einer "Neo-NS-Ideologie". Dann müsste auch Klimaaktivisten wie Greta Thunberg dazu zählen, die diktatorische Maßnahmen fordern, weil "die Klima- und Umweltkrise mit dem heutigen System nicht gelöst werden kann", wie es 2020 in einem offenen Brief hieß.

Ähnlich problematisch ist die Frage zum Thema Ausländerfeindlichkeit. In diese Kategorie gerät jeder, der die Aussage "Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen" nicht zurückweist - siebzig Prozent der Ostdeutschen. Nach dieser Definition waren jedoch auch die letzten Merkel-Regierungen ausländerfeindlich. In den Koalitionsverträgen von 2013 und 2017 vereinbarten Union und SPD, dass man "der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken" wolle. Die "Anreize für Migration in soziale Sicherungssysteme" sollten ausdrücklich verringert werden.

Unklar ist auch, was die Wissenschaftler mit "rechtsextrem" eigentlich meinen. So verwenden sie die Begriffe "rechtsextrem" und "extrem rechts" synonym, obwohl es nicht dasselbe ist. Gleichzeitig bezeichnen sie ganz unterschiedliche Phänomene - von rechtsextremen Gewalttaten in Chemnitz und Zwickau über die Politik der AfD bis hin zu den Regierungen in Ungarn und

Polen - als "extrem rechts". Begrifflich wird dadurch der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki mit rechtsextremen Gewalttätern gleichgesetzt.

Sucht man in der im Anhang versteckten Tabelle, wie viele der Befragten tatsächlich eindeutig rechtsextremistischen Aussagen zustimmen, ergibt sich ein ganz anderes Bild: Der Anteil derjenigen, die der Ansicht sind, dass "Juden mehr als andere mit üblen Tricks arbeiten" würden, beträgt 3,02 Prozent. Mit 1,7 Prozent fast nicht mehr messbar ist der Anteil derjenigen, die der Überzeugung sind, dass "die Verbrechen der Nationalsozialisten in der Geschichtsschreibung übertrieben" würden und "Hitler ohne die Judenvernichtung heute als großer Staatsmann gelten" würde.

Anders, als es die Berichterstattung nahelegte, haben die rechtsextremen Einstellungen im Osten auch nicht zugenommen. Die Zustimmung zu den antisemitischen Aussagen ging seit 2002 zurück. Dasselbe gilt für die Verharmlosung des Nationalsozialismus und nahezu alle anderen Indizes. Selbst die Zahl der Befürworter der Diktatur war trotz Corona-Pandemie und Klimadebatte rückläufig.

Um die Ergebnisse derartiger Analysen einem breiten Publikum zu vermitteln, werden Wissenschaftler häufig um Interviews gebeten. Manche verleitet dies zu noch problematischeren Aussagen. So antwortete die Bildungsforscherin Katrin Reimer-Gordinskaya auf die Frage, ob das Antisemitismus-Problem in Ostdeutschland zunehme: "Aktuell machen Zustimmungswerte von teils weit über 40 Prozent Sorge." In der Leipziger Studie hatte die Forscherin dagegen geschrieben, die "manifeste Zustimmung" zu antisemitischen Aussagen hätte je nach Bundesland zwischen zwei und zehn Prozent betragen. Die Leser der vom Zentralrat der Juden herausgegebenen "Jüdischen Allgemeinen", in der das Interview erschien, müssen jedoch denken, mindestens vierzig Prozent der Ostdeutschen sei antisemitisch.

Zur Leipziger Studie befragte die "taz" den Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk. Angesprochen auf den Wahlsieg des AfD-Kandidaten für das Landratsamt in Sonneberg, beklagte er: "Aber auch hier wird so getan, als wenn AfD-Wähler arme, verirrte Bürger sind. Aber das stimmt nicht: Wer Nazis wählt, ist ein Nazi." Der Studie zufolge haben in Thüringen jedoch nur 6,9 Prozent der Menschen ein "geschlossenes rechtsextremes Weltbild". Da von ihnen nur etwa zwei Drittel zur Wahl gehen und diese zum Teil auch andere Parteien wählen, wären dort 2,5 Prozent der AfD-Wähler rechtsextrem.

Auch die Behauptung, der neue Landrat sei ein "Nazi", ist kühn. Gemäß dem Thüringer Kommunalwahlgesetz werden die Wahlvorschläge vor den Wahlen von einem Wahlausschuss geprüft. Nicht gewählt werden könne, "wer nicht die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung eintritt". Ähnliches gilt für die Kennzeichnung der AfD als "Faschisten". Aus wissenschaftlicher Sicht fehlen der Partei dafür mindestens zwei zentrale Elemente: der Führerkult und eine militante Massenbewegung.

Deutlich differenzierter liest sich ein Interview mit dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger (SPD). In einem Interview mit dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" führt er die AfD-Erfolge im Osten darauf zurück, dass Parteien dort eine "geringere Bindungskraft" hätten. Dies habe mit den Transformationserfahrungen der Neunzigerjahre zu tun, als 75 Prozent der Ostdeutschen "ihren Job verloren" hätten. Gleichwohl warnt er, die Wahl

der AfD als Protest zu begreifen, da sich in Teilen der Gesellschaft "rassistische, antisemitische und menschenfeindliche Positionen" etabliert hätten.

Dass die zurückliegenden dreißig Jahre ausschlaggebend für den aktuellen Höhenflug der AfD sind, wird durch Wahlanalysen nicht bestätigt. Bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland stimmten vielmehr die 25 bis 60 Jahre alten Wähler am häufigsten für die AfD. Auch die Zustimmung zu antisemitischen Aussagen ist unter denen zwischen 30 und 60 laut der Leipziger Studie am größten. Die Gruppe war beim Untergang der DDR höchstens 28 Jahre alt. Hinzu kommt, dass seit 1991 knapp vier Millionen Menschen von Ost nach West zogen und 2,7 Millionen in die umgekehrte Richtung.

Ob Krügers Forderung, mehr in politische Bildung zu investieren, am Zuspruch für die AfD etwas ändern würde, ist fraglich. Die Mittel dafür wurden in den letzten Jahren massiv aufgestockt. Allein der Etat des Anti-Extremismus-Programms "Demokratie leben!" vervierfachte sich zwischen 2015 und 2022 von 40,5 auf 165,5 Millionen Euro.

In Interviews hat auch der Sozialpsychologe Wilhelm Heitmeyer den Aufstieg der AfD analysiert. In Ostdeutschland gewinnt die Partei seiner Meinung nach bei den "autoritär sozialisierten Menschen", die "aufgrund der Wende viele Brüche in ihrer Lebensbiografie und oft Anerkennungsverluste erfahren" hätten. Hinzu komme die sozialgeographische Struktur mit Kleinstädten und Dörfern, in denen die "gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" höher sei als in großen Städten. Auch für ihn sind die Wahlerfolge der AfD Symptome einer "Normalisierung von früher nicht salonfähigen Positionen". Den Begriff "Protestwähler" lehnt er deshalb ab.

Ob tatsächlich "Anerkennungsverluste" für das Wahlverhalten in Ostdeutschland ausschlaggebend sind, scheint angesichts auch junger AfD-Wähler und der Wanderungsbewegung zwischen Ost und West fraglich. Zudem ist die "Ausländerfeindlichkeit" laut Leipziger Studie im dörflich geprägten Mecklenburg-Vorpommern am geringsten. Die Zustimmung zu rechtsextremen Positionen nimmt ihr zufolge nicht zu, sondern ab.

Dagegen ist dem jüngsten ARD-Deutschlandtrend zu entnehmen, dass nur 32 Prozent der AfD-Wähler von der Partei "überzeugt" sind. Die große Mehrheit - 67 Prozent - ist "von den anderen Parteien enttäuscht". Ihre Wahlentscheidung begründen sie zuerst mit der Migrationspolitik (65 Prozent), dann mit der Energiepolitik (47 Prozent) und schließlich mit der Wirtschaftspolitik (43 Prozent). Alle Themen weisen darauf hin, dass es eher um herausfordernde Probleme geht als um "nicht salonfähige Positionen".

Dafür spricht auch das Ergebnis einer Volksabstimmung in Greifswald im Juni. Obwohl dort 2022 ein Grünen-Politiker mit 56 Prozent der Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt wurde, stimmten mehr als 65 Prozent gegen die Verpachtung städtischer Flächen für Asylbewerberunterkünfte. Dass die aktuelle Energiepolitik auf Ablehnung stößt, dürfte unter anderem mit den langen Wegen in Ostdeutschland zusammenhängen, die ohne Auto kaum zu bewältigen sind. Die Kritik an der Wirtschaftspolitik könnte daher rühren, dass es im Osten überdurchschnittlich viele kleine Handwerksunternehmen gibt.

Die Erklärungsversuche zum Erfolg der AfD zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Partei ablehnen. Aus staatsbürgerlicher Sicht mag das verständlich sein, für die Analyse erweist es sich jedoch als hinderlich, weil es an der für die Forschung notwendigen Unvoreingenommenheit fehlt.

Bei potentiellen AfD-Wählern dürfte es zudem dazu führen, dass sie den Befunden misstrauen, selbst dann, wenn sie richtig sind. Die Wissenschaft beraubt sich damit selbst der Möglichkeit, politische Prozesse durch objektive Einschätzungen rationaler zu gestalten.

Zugleich befördern die Analysen einen gefährlichen Prozess der Abstumpfung: Wer ostdeutsche AfD-Wähler pauschal als Nazis bezeichnet, bewirkt damit keine Verhaltensänderung. Wie die jüngsten Abstimmungen zeigen, stößt dieser Vorwurf vielmehr zunehmend auf Gleichgültigkeit. Die Wissenschaftler, die ihn erheben, tragen damit ungewollt selbst dazu bei, Rechtsextremismus salonfähig zu machen.

Der Autor arbeitet als Historiker an der Universität Würzburg.

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de